

Erscheint  
zweimal wöchentlich.

Erscheint  
Dienstags und Freitags.

# „Südwest“

Unabhängige Zeitung für die Interessen des gesamten Schutzgebietes

**Bezugspreis:**

Durch die Expedition monatlich 1,50 Mark; durch die Post für das Schutzgebiet, die übrigen Kolonien und für Deutschland, sowie für die sämtlichen Länder des Weltpostvereins vierteljährlich 3.— Mark. Einzelpreis der Nummer 30 Pfennig.

**Herausgeber und verantwortlicher**

Schriftleiter  
**Rudolf Kindt, Swakopmund.**

**Anzeigenpreis:**

Die 5-gespaltene Petitzelle oder deren Raum 40 Pfg.; Geschäfts- und Reklamezeilen nach besonderer Berechnung. — Anzeigen werden durch sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes, sowie direkt durch A. Schulze, Swakopmund, entgegengenommen.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Swakopmund, Dienstag, den 16. Mai 1911.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

## Vom Landesrat.

den 9. Mai.

Der zweite Verhandlungstag des Landesrates beginnt mit einer kurzen, geheimen Sitzung. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit setzt wieder die Etatsberatung ein. Ein Antrag v. Wolff verlangt, die Hundesteuer abzusetzen und den Gemeinden und Verbänden ganz zu überweisen, damit diese in der Lage seien, selbst bestimmen zu können, wo und in welchem Umfange sie Steuern erheben wollen. Kindt unterstützt diesen Antrag. Der Gouverneur erwidert, daß diese Position im Etat deshalb immer noch aufgeführt werde, weil ein Gemeindesteuergesetz noch nicht vorgelegt werden könne. Er werde aber sehen, wie er den Wünschen gerecht werden könne. Der Antrag wurde angenommen.

Daran schließt sich ein Antrag Kindt, die Reisepässe Eingeborener, die zum Vergnügen oder zum Besuch verreisen, zu besteuern. Damit werde nicht nur das unangenehme Umherreisen der Eingeborenen verhindert, es werde auch die Seßhaftigkeit der Eingeborenen dadurch gehoben und auch in sittlicher Hinsicht Wandel geschaffen. Schlettwein spricht gegen die Form steht aber der Sache selbst sympathisch gegenüber. Der Gouverneur scheint mit dem Antrage einverstanden zu sein, und erklärt, die Regierung beachte den Uebelstand aufmerksam. Im Laufe des Jahres sei ein hierauf bezügliches Gesetz zu erwarten, sowie die richtige Form dafür gefunden sei. Der Antrag wird angenommen.

Eine Anregung Kindt's, der Kommune Omaruru die erbetene Einkommensteuer zu bewilligen, begegnet keinem ersten Widerstand. Die Gemeinde soll vorstellig werden und kann auf Genehmigung rechnen, wenn ihr Antrag begründet ist. Im Anschluß warnt der Gouverneur vor dem hervorgetretenen Bestreben der Bezirksverbände, unter allen Umständen Steuern zu erlassen und, obwohl kaum erforderlich, Haushaltspläne aufzustellen. (Beifall des Hauses.)

Bei Erwähnung der Grundsteuer, (der neue Gesetzentwurf ist bekanntlich einer Kommission überwiesen worden), entspinnt sich eine Debatte Schlettwein-Weiß über die Kaoko-Gesellschaft. Gouverneur und Oberrichter erklären im Verlauf derselben, daß sie nie dafür zu haben sein würden, in Gerichtsverfahren oder Rechtsfragen auf dem Verwaltungswege eingzugreifen. Gustav Voigts dankt dafür im Namen wohl aller Mitglieder der Körperschaft. Das Ergebnis der Debatte ist, daß vor allem Klärung der gesamten Rechtsverhältnisse beider Teile, Gesellschaft und Allgemeinheit in ihren Beziehungen zur Gesellschaft, erwünscht und mit Energie anzustreben sei.

Bei Titel 2, Zölle und Steuern, regt Schad an, zukünftig alle persönlichen Zollbefreiungen auch für den Fiskus fallen zu lassen. Es entspinnt sich eine Debatte, die auf den Verbrauch des Fiskus an Landesprodukten kommt. Alle Redner empfehlen den Behörden den Gebrauch heimischen Tabaks für ihre Eingeborenen zu begünstigen und ihre Anordnung nötigenfalls zu erzwingen, wie dies Privatbetriebe getan haben, wenn das Bambusvolk widerwillig war. Die Intendantur macht Einwände, wird aber bekämpft. Prion, Kindt, Wardesky, Schlettwein G. Voigts und Zillman weisen die Tabakproduzenten darauf hin, daß eine schärfere Unterscheidung zwischen billigstem Eingeborenentabak und besseren Sorten gemacht werden müsse. Der Export müsse angestrebt werden. Der Gouverneur plaubt nicht an Zigarrentabak, wohl aber an Virginia und Kentucky Rauchtabake.

Dann schneidet G. Voigts die Nachverzollungsangelegenheit an. Er verlangt wenigstens Ersatz der Prozeßkosten durch den Fiskus, da dieser nicht erklärt habe, daß er auf jeden Fall den Nachzoll durchsetzen werde. Wardesky bespricht scharf die dadurch entstandene Rechtsunsicherheit. Man könne, wenn es nicht anders werde, nur davor warnen, Geld in das Schutzgebiet zu stecken. Schad schließt sich dem an und behält Antrag wegen Aufhebung des rückwirkender Kautschukparagrafen der Zollverordnung vor. Der Gouverneur teilt mit, daß der Reichstag die südwestafrikanischen Petitionen dem Bundesrat zur Berücksichtigung überwiesen habe. „Roma locuta, causa finita“ könne er nur sagen.

Weiter meint der Gouverneur zum Vorschlag Schad, die Zolleinnahmen zu erhöhen, daß diese eher zurückgingen. Im nächsten Jahre werde man wahrscheinlich gezwungen sein, zur Deckung des Ausfalls Finanzzölle anzufordern.

Eine Eingabe der Brennereien wird einstweilen abgelehnt, da das schlechte Regenjahr die Ernte der für die Brennereien in Betracht kommenden Landesprodukte unwahrscheinlich mache. Es herrscht offenbar wenig Neigung, von der Brennsteuer abzugehen.

Kindt bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Regierung bittet, möglichst schnell einen Notstandstarif für inländisches Gras (Zusatz A. Voigts: und Luzerne) zu verordnen, der die Fracht talwärts und bergwärts auf der Otavibahn um 10 Prozent und auf der Staatsbahn um 60 Prozent herabsetzt. Landesratsmitglieder aus dem Süden wünschen das Gleiche für die Lüderitzbucht-Keetmanshoop-Bahn. Der Antrag, welcher damit begründet wurde, daß infolge des geringen Regenfalles des letzten Jahres, manche Farmer nicht genügend Futter für ihre Tiere auf der Farm haben würden, und ihren deshalb die Beschaffung von Futter möglichst erleichtert werden müsse, wird angenommen, nachdem sich auch der Gouverneur wohlwollend dazu geäußert hat.

Bei der Besprechung der Ausfuhrzölle, beginnt eine interessante Diamantdebatte. Stauch äußert sich in langer Rede über die Notwendigkeit, die Bruttoabgaben durch Nettoabgaben zu ersetzen. Besonders eilig sei die Erfüllung dieser Forderung für die Nordfelder, bei denen ein Abbau sonst unmöglich sei. Schon nach zwei bis drei Jahren werde sich ein Rückgang der Einnahmen bemerkbar machen, weil heute Raubbau betrieben werde, da der systematische Abbau ärmerer Felder bei den hohen Abgaben von der Bruttobeförderung unmöglich sei. Ein Antrag wird vorbehalten. Der Vorschlag Stauchs geht kurz zusammengefaßt dahin, alle Abgaben in Nettoabgaben zu verwandeln. Die Regie solle statt Brutto 5, Netto 6,5 Prozent erhalten, die Förderungsabgaben an die D. K. G. und den Fiskus im Lüderitzbuchtgebiet sollen von 10 Proz. Brutto, auf 13 Proz. Netto, die Abgabe an die D. D. G. soll von 5 Prozent Brutto auf 6,5 Prozent Netto, und der Zoll von 33 1/3 Prozent Brutto auf 44 Prozent Netto abgeändert werden. Bei dieser Veränderung würden die Einnahmen die gleichen bleiben wie jetzt, andererseits aber würden die Felder bis zu nur ein Achtel Karat Diamantgehalt auf das Feld abbaufähig werden.

Weiß unterstützt diese Ausführungen und spricht noch besonders für die Nordfelder, wo über eine Million Schürfgelöhner von kleinen Leuten und mehrere Millionen für Erschließungsarbeiten verausgabt seien. Kindt, Voigts, Heimann und Wardesky beteiligen sich an der Debatte. Es wird besonders immer hervorgehoben, daß die Gesetzesvorschrift, die das Inbetriebsein der Felder innerhalb zwei Jahren verlange, den Verlust der Felder für die Schürfer bedeute, die beim Herrschen des Bruttozollens an Abbau nicht denken könnten. Sämtliche Redner sind für den Vorschlag Stauchs.

Der Gouverneur meint, daß es die Bergbehörde in der Hand habe, Härten zu vermeiden, die unbedingt vermieden werden müßten. Er kritisiert Stauchs Vorschläge, für deren Wichtigkeit er volles Verstehen und großes Wohlwollen zeigt, und meint, daß die Betriebskosten auf allen Feldern in eine gleiche Höhe gebracht werden müßten. Stauch weist die Unmöglichkeit nach, da der Diamantgehalt der Felder ein vollständig verschiedener, und eben deshalb die Einführung der Nettoabgaben das einzig Richtige sei. Der Gouverneur hat Bedenken wegen Mangel an Kontrolle. Im übrigen seien in Berlin Erwägungen im Gange. Ein Stauch nahestehender Herr habe jetzt erst in Deutschland erklärt, daß im Diamantgebiet auf zwanzig Jahre hinaus jährlich eine Million Karat wie heute gefördert werden könnte. Stauch entgegnet, daß sei eben nur möglich, wenn der Bruttozoll fallen gelassen werde, damit der Raubbau aufhöre und auch ärmere Felder abgebaut werden könnten. Der Gouverneur meint den Vorschlag machen zu können, daß die größeren gewinnerzielenden Betriebe eine höhere Abgabe zahlen sollten, als die weniger rentablen, und spricht vor einer progressiven Beteiligung des Fiskus am Gewinn. Stauch tritt dem entgegen und führt aus, daß dies nur eine Prämie auf primitiven Betrieb und Rückständigkeit gleichkommen würde. Jeder würde sich dann hüten, teure Maschinen usw. anzuschaffen und seinen Betrieb gewinnbringender zu gestalten, wenn der Fiskus ihn dafür gewissermaßen durch eine höhere Abgabe bestrafe.

Mit Rücksicht auf die Mittagspause wurde die Diskussion hier abgebrochen.

den 10. Mai.

Der wesentliche Inhalt der Mittwochverhandlungen ist bereits in letzter Nummer mitgeteilt. Ausführlicher ist darüber noch Folgendes zu sagen:

Zu Beginn der Sitzung kommt der Gouverneur darauf zu sprechen, daß die stenographischen Protokolle unglaublich schlecht seien, und schlägt vor, längere Reden schriftlich niederzulegen. G. Voigts erklärt im Namen der Landesratsmitglieder das Gleiche. Er weist bei dieser Gelegenheit auf die Tatsache hin, daß der Reichstag die Vorlegung der Protokolle des Landesrats verlangt, und dieser Körperschaft große Anerkennung gezollt habe. (Die Ausführungen des Abgeordneten Erzberger sind unseren Lesern aus dem Bericht über die Verhandlungen des Reichstages bereits bekannt. D. Schriftleitung.)

Stauch greift auf die gestrigen Verhandlungen zurück und betont, daß zwischen den Ausführungen des Gouverneurs und seinen eigenen nur ein scheinbarer Gegensatz bestehe. Er habe darauf hingewiesen, daß die Einnahmen des Fiskus zurückgehen müßten, wenn der Bruttozoll nicht in eine Nettoabgabe verwandelt werde. Auch seine Gesellschaft könne die jetzige Förderung nur mehr drei Jahre aufrecht erhalten, wenn nicht eine Änderung eintrete. Seitens der de Beers sei der Preis für gemischte Ware herabgesetzt, für große Steine dagegen erhöht worden. Ein Abkommen mit dem Verkaufssyndikat der südafrikanischen Minen sei bis jetzt nicht möglich gewesen, weil eine zu geringe Beteiligung am Weltmarkt angeboten worden sei. Man müsse eben abwarten. Die Nettobesteuerung sei die gerechteste progressive Steuer, eine Steuer auf Verbesserungen sei dagegen höchst bedauerlich.

Demgegenüber betont der Gouverneur, daß er nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck verliehen habe, und vergleicht die vorgeschlagene Steuer mit der Einkommensteuer, welche der Typ einer progressiven Steuer sei. Er glaube nicht, daß der Fortschritt dadurch behindert würde. Eine Doppelbelastung käme auch in der Einkommensteuer zum Ausdruck. Jedem falls läge sein Vorschlag nicht außerhalb des steuer-technischen Rahmens.

Schlettwein dankt Stauch für seine klaren Ausführungen zu dieser für das ganze Land so wichtigen Frage. Die Kontrollmöglichkeiten seien ihm nicht klar, er bitte die Regierung um Aufklärung darüber.

A. Voigts, Kindt und Prion treten als Farmer für die Umwandlung der Steuer ein. Auch Gessert ist für den Stauchschen Vorschlag. Er meint, die progressive Steuer könne vielleicht später eingeführt werden.

Der Antrag Stauch wurde angenommen und damit trat das ganze Land wieder einmal für die Diamantindustrie in die Arena.

G. Voigts-Windhuk bringt in Anregung, bei Verzollung von Spirituosen künftig nicht jedes angefangene Zehntel als voll zu rechnen, sondern jedes Zwanzigstel. Er schlägt dem Fiskus vor, die minderwertigen, von der Nachverzollungszeit her zur Verfügung gestellten Spirituosen, die der Fiskus bisher, um den Zoll herauszubekommen, oft nur für den Zollbetrag verkaufte, in Zukunft einfach zu vernichten.

Zolldirektor Müller ist nicht dagegen. Die Vernichtung der minderwertigen Spirituosen werde die Folge haben, daß als Ersatz vollwertige eingeführt würden, für die der Zoll ebenfalls bezahlt würde.

Der Gouverneur ist ebenfalls nicht dagegen, ist aber im Zweifel, ob der Tarif hinsichtlich der Verzollung der angefangenen Zwanzigstel geändert werden könne. Man müsse mit solchen Äußerungen doch recht vorsichtig sein.

Schad wünscht, daß wegen schleuniger Umwandlung der Bruttosteuer in Nettoabgabe an den Reichstag, der gerade tage, telegraphiert werden möchte.

Der Gouverneur ist dagegen, sagt aber mit erhobener Stimme ausdrücklich zu, daß er sein Möglichstes tun werde, um einen Weg zu suchen, auf dem den Schürfeldbesitzern im nördlichen Diamantgebiet schleunige Hilfe gebracht werden könne.

Schad fragt bei Tit. 3 nach der im vergangenen Jahre beschlossenen Gebührenordnung für Verwaltungsangelegenheiten. Der Tarif sei nicht veröffentlicht.

G. Voigts tritt für eine Eingabe der Handelskammer Windhuk ein, den gesetzlichen Zinsfuß von 4 auf 6 Prozent zu erhöhen. Außerdem die Gerichts- und Anwaltskosten zu ermäßigen.